

UKRAINE:
DIE WAHRHEIT
ÜBER DEN
STAATSSTREICH

Aufzeichnungen des
Ministerpräsidenten
NIKOLAI ASAROW

DAS NEUE BERLIN

Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.
Sie darf ohne vorherige schriftliche Genehmigung
weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert,
vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Bildnachweis: Archiv Asarow S. 13, 25, 34, 37, 42, 49, 59, 63, 80, 84,
98, 107, 114, 122, 127, 133, 135, 137, 141, 147, 160, 178, 187, 205, 220, 248;
Robert Allertz S. 87, 115, 195, 207, 214, 215

ISBN 978-3-360-01301-9

© 2015 Verlag Das Neue Berlin, Berlin

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin, unter Verwendung
eines Motivs von Fotolia

Druck und Bindung: Korrekt, Ungarn

Die Bücher des Verlags Das Neue Berlin
erscheinen in der Eulenspiegel Verlagsgruppe.

www.eulenspiegel-verlagsgruppe.de

Inhalt

- 7 *Vorbemerkungen*
- 9 Auch dieses finstere Kapitel der ukrainischen Geschichte wird einmal enden
- 17 Der Sturz Janukowitschs. Das letzte Gespräch
- 31 Nach dem Rücktritt
- 71 2014 in der Rückschau
- 89 Ein Blick in die Geschichte
- 100 Der untätige Präsident
- 119 Was wir in meinen vier Regierungsjahren erreichten
- 136 Wie die Ukraine den Staatsbankrott vermied
- 183 Handeln statt palavern!
- 201 So beendeten wir Timoschenkos »Gas-Krieg«

209 Warum geht es den Verlierern besser als
den Siegern?

235 Aber ihre Vorgänger waren auch nicht
unbedingt besser

245 *Nachhall*

255 *Personenregister*

Vorbemerkungen

Ende Januar 2014, während der dramatischen Ereignisse in Kiew, trat ich als Premierminister der Ukraine von meiner Funktion zurück, die ich seit 2010 ausgeübt hatte. Damit wollte ich zur Bildung einer *Koalitionsregierung der Nationalen Einheit* beitragen und den Konflikt entschärfen. Die diplomatischen und politischen Bemühungen, die nach diesem Rücktritt unternommen wurden, änderten allerdings die Situation auf dem Maidan und im Lande nicht. Es kam wenige Wochen später zum Staatsstreich, bezeichnet als Revolution, und der Präsident der Ukraine, Wiktor Janukowitsch, wurde aus dem Amt gejagt. In der Geschichte der Ukraine begann eine neue Etappe der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und der allseitigen Krise, was zu den Ereignissen im Osten und Südosten unseres Landes führte.

Die tragischen Vorgänge der letzten Zeit haben die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt. Was aber geschah davor? Wie entwickelten sich die Ukraine und deren Wirtschaft von 2010 bis 2013? Wie verliefen die Verhandlungen mit der EU und mit Russland? Was waren die Ursprünge dieser innenpolitischen Auseinandersetzung, die sich am Ende zu einem Bürgerkrieg auswuchs? Wie kam es überhaupt zu den Protesten auf

dem Maidan, an deren Ende ein Regierungs- und ein Machtwechsel standen? Ich trug fast zwanzig Jahre politische Verantwortung in der Ukraine. Das Land, in dem ich heute nicht mehr lebe, hat sich innerhalb eines Jahres dramatisch verändert. Anlass für mich, über die Ereignisse kritisch nachzudenken und der Frage nachzugehen, wer dort mit welcher Absicht die Strippen zog. Das Land steht abermals am Scheideweg. Für welchen Weg es sich entscheidet, ist offen. Aber was heißt »Land«? Die Menschen werden in der Regel nicht gefragt: Die Entscheidungen treffen einige wenige Personen, deren eigene Interessen Vorrang haben vor den Interessen der Ukraine.

Dieses Buch entstand nicht leicht, zu nahe sind die Ereignisse, um die es hier geht. Persönlich nah und auch zeitlich. Um diese verarbeiten und einschätzen zu können, habe ich eine Fülle von Informationen, viele Dokumente, Daten und Fakten zusammentragen und sichten müssen. Das Buch ist nicht für den Boulevard gedacht, mit Sensationen und schmutziger Wäsche werde ich nicht aufwarten. Ich wende mich an interessierte Leser in Deutschland, die es gewohnt sind, sich eine eigene Meinung zu bilden und keiner wie auch immer gearteten Propaganda zu folgen. Und dieser souveräne Leser wird auch akzeptieren, dass ich, wie jeder andere Mensch auch, eine eigene Meinung habe. Eine eigene Meinung ist auch immer subjektiv. Selbst wenn man sich um Objektivität bemüht.

Nikolai Asarow
Moskau, Frühjahr 2015

Auch dieses finstere Kapitel der ukrainischen Geschichte wird einmal enden

Leben ist kein Gang durch freies Feld.
Russisches Sprichwort

Am 11. März 2010 wurde ich vom ukrainischen Parlament, der Werchowna Rada, zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Rada gehörte ich seit 1994 an. Ich hatte bis dahin bereits verschiedene Regierungsfunktionen inne, zweimal führte ich für einige Wochen kommissarisch die Regierung, ehe ich – in der Nachfolge von Julija Tymoschenko, die vom Parlament abgewählt worden war – nunmehr mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragt wurde. In meiner ersten Regierungserklärung bezeichnete ich die Sanierung der Staatsfinanzen als die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre.

Unter äußerst schwierigen Bedingungen, auf die ich noch eingehen werde, nahmen wir 2010 Wirtschafts-

reformen in Angriff. Diese Reformen zeitigten keine raschen Ergebnisse, was normal ist. Wirtschaft und Finanzen eines 45 Millionen Menschen zählenden Staates lassen sich nicht von heute auf morgen umbauen und verändern. »Wirtschaftswunder« finden nur in politischen Legenden statt. In der Realität bedarf es dazu jahrzehntelanger, nachhaltiger gesellschaftlicher Anstrengungen.

Die von mir geführte Koalitionsregierung kann trotz der historisch kurzen Zeit, in der sie im Amt war, auf positive Resultate verweisen. Die Ukraine wurde eben nicht von einer »Verbrecherbande« regiert, wie es auf dem Maidan hieß und wie dies fortgesetzt die »Opposition« – bestehend aus der Timoschenko-Partei, der Partei des Boxers Klitschko und der rechtsextremen Swo-boda – behauptete. Wir plünderten nicht den nationalen Reichtum, sondern versuchten diese Tendenzen zu beenden. Damit machten wir uns natürlich Feinde in jenen Kreisen, die sich weiter bereichern wollten. Unsere Regierung bestand mehrheitlich aus qualifiziertem Personal, das professionell daran arbeitete, die Ukraine in einen modernen europäischen Rechtsstaat zu verwandeln. Das war unser erklärtes Ziel. Hätten wir uns nicht darum bemüht, wäre es auch nicht gelungen, innerhalb von drei Jahren die realen Einkommen der Bevölkerung auf das 1,6fache zu steigern, umfassende Arbeiten zur Modernisierung der Infrastruktur vorzunehmen und tiefgreifende systematische Verbesserungen in allen Lebensbereichen der Gesellschaft zu erreichen.

Die einfachste Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, das dies zutrifft, ist der Vergleich mit den Ergebnis-

sen jeder anderen Periode der ukrainischen Geschichte. Jeder! Ich gestehe darum nur jener Regierung das moralische Recht zu, uns zu kritisieren, die vergleichbare Resultate in ihrer Arbeit vorweisen kann. Vorhaltungen aus anderen Quelle nenne ich billige Propaganda und amoralisch.

Damit sage ich nicht, dass es in unserer Regierungszeit keine Gründe zur Kritik gab. Nicht wenige Menschen waren unzufrieden mit unserer Arbeit, sie hatten verständliche Aversionen und es dauerte ihnen alles zu lange. Wenn es nicht nur um allgemeine, sondern um konkrete Fragen ging, habe ich mitunter selbst eingegriffen, ohne daraus eine PR-Aktion zu machen. Aber persönliche Interventionen des Ministerpräsidenten können keine Regierungspolitik sein. Diese muss sich auf die gesamte Gesellschaft beziehen.

Ich führte auch schwierige und unangenehme Gespräche mit Präsident Janukowitsch und mit anderen höchsten Amtspersonen des Staates. Es gelang mir nicht immer, notwendige Beschlüsse durchzusetzen, weil dies unsere Verfassung nicht zuließ. Der Premierminister der Ukraine trägt zwar eine große Verantwortung und hat viele Pflichten, aber seine Rechte sind sehr beschränkt. Wir folgten beim Aufbau unserer Rechtsordnung nicht etwa Deutschland, das sich in der Weimarer Republik von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialstaat entwickelt hatte und daraus, nach Nazidiktatur und Krieg, die Lehre zog, die Macht künftig zu teilen und nicht mehr in einer einzigen Person zu konzentrieren. Wir nahmen stattdessen andere Staaten zum Vorbild,

in denen zwar der Präsident demokratisch gewählt wird (und darum auch wieder abgewählt werden kann), aber eben das alleinige Zentrum des Staates bildet und deshalb die Ultima ratio in der Innen- und Außenpolitik bedeutet. Er bestimmt formal die Geschicke des Landes und kann unter Umständen, obgleich demokratisch legitimiert, durchaus einiges Unheil anrichten, da er unangreifbar ist. Amtsenthebungsverfahren dauern lange. Auf der anderen Seite, das weiß man, stehen hinter einer solchen Person auch immer Kräfte, die ihn in dieses Amt gebracht haben, die ihn dort halten oder fallen lassen, wenn er nicht mehr so funktioniert, wie sie es von ihm erwarten und weshalb sie ihn zuvor auf den Schild gehoben hatten.

Unter einem solchen politischen Koordinatensystem arbeitete (und arbeitet) auch die Kiewer Regierung. Ihr Gestaltungsrahmen ist, wie ich bereits schrieb, erkennbar begrenzt. Deshalb weise ich die Anschuldigungen zurück, die nach dem Staatsstreich an die Regierung und deren Institutionen gerichtet wurden. Der Ruf von Zehntausenden anständigen Mitarbeitern der Administration, die redlich ihre Arbeit im Interesse der Gesellschaft taten, wurde beschädigt. Was ihnen angetan wurde, war nicht nur üble Nachrede, sondern Rufmord. Diese Angestellten hatten sich mehrheitlich in Würde und Anstand bemüht, unser Land sukzessive voranzubringen und zu einem europäischen Rechtsstaat zu machen.

Es schmerzte mich, als ich die Stimmen von nicht sonderlich gebildeten Menschen vernehmen musste, die eine »totale Lustration« forderten, also die vollständige Entfernung aller früheren Staatsbediensteten aus den Äm-



Nikolai Asarow

tern. Wer eine solche Forderung erhob, wusste erstens nicht, was dort im Einzelnen tatsächlich geleistet wurde und wird, und zweitens unterstellte er, dass dafür keine Qualifikation nötig gewesen sei, weil ein Parteibuch und die gewünschte Gesinnung angeblich genügt hätten, Personen mit anspruchsvollen Staatsaufgaben zu betrauen. Im Herbst 2014 wurde von Präsident Poroschenko ein Gesetz über die »Säuberung des Staatsapparates« unterzeichnet, mit dem bis zu eine Million Menschen ihre Anstellung verloren: Mitarbeiter der Finanzämter und des Zolls, der Sicherheitsorgane und der Justiz, Regie-

rungsmitglieder und Mitarbeiter von Kreisverwaltungen, Leiter von staatlichen Einrichtungen und dergleichen. Abgesehen davon, dass die Verabschiedung des Lustrationsgesetzes selbst gesetzwidrig war und der Inhalt des Gesetzes gegen die Verfassung verstößt, ruinierte diese Anordnung gnadenlos das ukrainische Verwaltungssystem. Das wiederum verschärfte die Staatskrise.

Warum war dieses Lustrationsgesetz verfassungswidrig? In Artikel 62 unseres Grundgesetzes ist klar gesagt, dass ein Mensch als unschuldig gilt, dem keine Schuld durch ein Gericht nachgewiesen werden kann. Eine solche Unschuldsvermutung ist nach meiner Kenntnis Rechtsgrundsatz in allen EU-Staaten.

Mit jenem ukrainischen Gesetz aber wurden Hunderttausende ungeprüft zu Schuldigen erklärt, denen überdies das Recht auf Verteidigung vor Gericht verweigert wurde. Das hatte nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun, nichts mit Demokratie. Das war und ist diktatorische Willkür.

Außerdem, auch daran sollte einmal erinnert werden, wurde auch in meiner Regierungszeit, d. h. von Mitarbeitern des jetzt kriminalisierten Staatsapparates, Gesetzesbrüche und -übertretungen juristisch verfolgt. Veruntreuung, Bestechlichkeit, Unterschlagung, Amtsüberschreitung, Erpressung und Gewaltverbrechen waren strafbewehrt. Sofern bestimmte Personen mit Recht vor Gericht kamen, weil sie das Volk bestohlen oder sich anderer Gesetzesbrüche schuldig gemacht hatten, hieß es nun, das wären »politische Verfahren« gewesen. Dass also Angestellte des Staates die ukrainische Gesetze und

unsere Verfassung in den Jahren 2010 bis 2013 durchsetzen, wurde ihnen nunmehr kollektiv als kriminelle Handlung vorgeworfen – mit der Konsequenz des Arbeitsplatzverlustes.

Ich kann nur hoffen, dass möglichst viele Betroffene vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg klagen, denn mit dem Gesetz wurde nicht nur gegen die ukrainische Verfassung verstoßen. Zum Beispiel wurden Personen qua Gesetz entlassen, die *zwischen* dem 21. November 2013 und dem 22. Februar 2014 ihre Arbeit als Verwaltungsangestellte ausgeübt haben. Das war die Zeit des sogenannten Euromaidan. Sie hätten – so die krude Lesart – damals ihren Job kündigen *müssen*. Die Tatsache, dass sie das Funktionieren der Verwaltung in kritischer Zeit durch ihr Pflichtbewusstsein sicherten, machte sie laut diesem Gesetz alle zu Straftätern. Und was ist mit Jazenjuk, Poroschenko und anderen Personen, die Regierungsverantwortung unter mir trugen?

Ein erfahrener Direktor eines Großbetriebes sagte mir einmal, dass ein guter Schlosser mindestens drei Monate Ausbildung brauche, ein guter Dreher ein halbes Jahr, ein kundiger und kompetenter Bereichsleiter mindestens zwei Jahre und ein guter Hallenmeister fünf Jahre. Die Reihe hat er nicht fortgesetzt, das mache ich jetzt: Ein guter Betriebsdirektor muss mindestens zehn Jahre Erfahrung gesammelt haben, um einen ordentlichen Job machen zu können, ein guter Minister vielleicht 15 bis 20 Jahre, ein guter Premierminister sollte ein ganzes Berufsleben lang politische Erfahrungen akkumuliert

haben. Das ist eine Binsenweisheit, gewiss, aber es gibt offenkundig Leute, die den Wert von Ausbildung und Berufserfahrung völlig ignorieren.

Die Ukraine ist ein Land mit einem gewaltigem Potential, mit engagierten Menschen, mit einer beachtlichen Wirtschaft und großen Ressourcen. Mit einer fachkundigen und kompetenten Führung und bei Mobilisierung und Motivierung der ganzen Gesellschaft kann die Ukraine aus eigener Kraft einen hohen Lebensstandard erwirtschaften. Das braucht aber Geduld, Ausdauer und angestrenzte Arbeit. Ich rechne mit zwanzig bis dreißig Jahren, nicht weniger. Dazu sind jährliche Wachstumsraten von 10 bis 12 Prozent nötig. Diese sind durch die Orientierung auf eine intensive Entwicklung des Binnenmarktes zu erreichen – und auf der Basis einer allseitigen Kooperation mit Russland, Kasachstan, China, Indien und anderen asiatischen Ländern. Dort liegen unsere potentiellen Märkte, dorthin richten sich auch die Interessen der wichtigsten Global Player.

Selbstverständlich ist auch die Entwicklung einer aktiven Kooperation mit Industrieländern der Europäischen Union in dieser Sphäre wichtig.

Ich bin optimistisch und davon überzeugt, dass das derzeit dunkle Kapitel in der Geschichte der Ukraine einmal vorbei sein wird. Unvermeidlich kommt die Zeit der Erneuerung. Wünschenswert wäre nur, dass es so schnell wie möglich geschieht, damit die Worte des Dichters Nikolai Nekrassow nicht wahr werden müssen: »Schade, dass in jener schönen Zeit weder du noch ich am Leben sein werden.«

Der Sturz Janukowitschs. Das letzte Gespräch

An meine Abreise aus Kiew 2014 erinnere ich mich in allen Details, als sei es gestern gewesen. Es war ein heiterer Morgen im Februar.

Am Abend zuvor – es war der 21. Februar 2014, ein Freitag – war ich bei Wiktor Janukowitsch. Unser Gespräch hatte lange gedauert. Der Präsident versuchte mich davon zu überzeugen, dass er die Situation im Lande vollständig kenne und im Griff habe. Das sei nicht einfach, aber er unverändert Herr des Geschehens, auch wenn er dabei keineswegs die Unterstützung aller Mitarbeiter der Administration besäße.

Auf dem Maidan wurde seit einem Vierteljahr demonstriert. Aus dem ursprünglich sozialen Protest war inzwischen ein bewaffneter Konflikt geworden. Es brannten Barrikaden, staatliche Gebäude waren besetzt, es wurde geschossen und getötet. Für mich war die entscheidende Frage jene nach dem geforderten Abzug unserer Polizeikräfte. »So lange die andere Seite nicht auch ihre bewaffneten Kräfte abzieht und die besetzten Gebäude räumt, bleibt unsere Miliz da«, erklärte ich.

Janukowitsch war überzeugt, dass er solche Garantien von Deutschland, Frankreich und Polen bekommen werde. Deren Außenminister waren nach Kiew gekommen und hatten mit ihm und mit der »Opposition« gesprochen. Die Konditionen der Deeskalation, denen ich ebenfalls zustimmte, lauteten: Vorziehen der Präsidentschaftswahlen, Bildung einer Regierung der Nationalen Einheit und Wiedereinführung der Verfassung von 2004, also jener, die *vor* der sogenannten Orangen Revolution angenommen worden war. Die Details, so Janukowitsch zu mir, müssten aber noch erörtert werden. Das solle schon morgen, am Samstag, geschehen, er erwarte mich zum Gespräch. Dann könnten wir auch noch über den Kongress der antifaschistischen Kräfte sprechen, der in Charkiw stattfinden sollte. Dieser wollte sich mit den profaschistischen Kräften beschäftigen, die in der Westukraine und auf dem Maidan immer aktiver und aggressiver in Erscheinung traten.

Ich war am 28. Januar vom Posten des Regierungschefs zurückgetreten und mit mir, gemäß der Verfassung, auch die gesamte Regierung. Die »Opposition« hatte jedoch das danach folgende Angebot des Präsidenten nicht wahrgenommen, einen Ministerpräsidenten vorzuschlagen und eine neue Regierung zu bilden, eine *Koalitionsregierung der Nationalen Einheit* war nicht zustande gekommen. Also musste die alte, demissionierte Administration die Geschäfte vorerst weiterführen. Mein Erster Stellvertreter Serhij Arbusow amtierte als Ministerpräsident.

Als ich das Arbeitszimmer von Janukowitsch verließ, kamen mir drei gutgelaunte Herren entgegen:

der 39-jährige Arsenij Jazenjuk von Timoschenkos Vaterlandspartei, der – als Außenminister der Regierung Timoschenko – auf dem NATO-Gipfel in Bukarest 2008 um die Aufnahme der Ukraine in den Militärpakt nach-gesucht hatte; der 42-jährige Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko, welcher bereits zwei Mal Anlauf genommen hatte, Bürgermeister in Kiew zu werden und stets ge-scheitert war; und der Häuptling der nationalistischen »Swoboda«, die sich auf faschistische Wurzeln grün-dete, der 45-jährige Oleh Tjahnybok. Er hatte 2004 in der Werchowna Rada erklärt, dass die Ukraine von einer »jüdisch-russischen Mafia« beherrscht werde, und zur »Befreiung der Ukraine« im Geiste der »Patrioten« um Stepan Bandera aufgerufen: »Sie kämpften gegen Russen, gegen die Deutschen, gegen Judenschweine und sonstiges Gesindel, welches uns den ukrainischen Staat wegnehmen wollte! Man muss endlich die Ukraine den Ukrainern geben!« Er wurde damals wegen solch übler Hetzreden in Goebbels-Manier aus seiner Fraktion aus-geschlossen. Ein Strafverfahren wegen Volksverhetzung war aber abgewiesen worden.

Die drei selbstbewussten, smarten Herren befanden sich auf dem Weg zu einer erneuten Unterredung mit dem Präsidenten. Janukowitsch bat mich wiederholt, an diesen Gesprächen teilzunehmen, was ich aber im-mer mit Hinweisen auf andere Termine abgelehnt hatte; heute entschuldigte ich mich wegen Übermüdung und Überarbeitung. In solchen Gesprächen sah ich keinen Sinn. Man musste mit den Hintermännern reden, oder wie man in Deutschland sagt: mit dem Koch, nicht mit

den Kellnern. Nicht mit diesen Clowns. Ja, so nannte ich sie, denn Jazenjuk, Klitschko und Tjahnybok waren für mich keine ernstzunehmenden politischen Figuren.

Tjahnybok, der Arztsohn aus Lwiw, war ein eingefleischter Antisemit und Antikommunist, der auf der Seite tschetschenischer Terroristen gekämpft hatte – mit einem solchen Mann setzte man sich nicht an einen Tisch. Er vertrat die rechtsextremen, faschistischen Kräfte im Land. Sein Bundesgenosse Jazenjuk, der die Ex-Ministerpräsidentin Timoschenko zu beerben hoffte, war ein aalglatter Karrierist, der sich mit all und jedem verbündete, der ihm beim persönlichen Aufstieg behilflich sein konnte: Kaum 35 geworden, bewarb er sich 2010 ums Präsidentenamt. (Dieses Mindestalter schreibt die Verfassung der Ukraine vor.) Die *Financial Times* nannte ihn schon früh einen »Favoriten der Amerikaner«.

Und der ehemalige Boxweltmeister? Hinter ihm stand das konservative Deutschland, für Berlin war der Sportler jener Saubermann, der den vermeintlichen Augiasstall Ukraine würde reinigen können. Ob er dazu auch intellektuell in der Lage sein würde, wurde in der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht gefragt. Hauptsache sein Image stimmte.

Nachdem ich dieses Trio mit einem kurzen Kopfnicken begrüßt hatte, fuhr ich nach Hause. Ich wohnte mit meiner Frau Ljudmila Nikolaewna, einer Pädagogin, in Kotscha-Saspa vor den Toren der Stadt. Unser Sohn Alexej, 1971 geboren, lebte seit mehr als zwei Jahrzehnten sein eigenes Leben. Nach dem Abitur hatte er ein Studium in Moskau begonnen.

Die Gedanken wirbelten in meinem Kopf, die Angst, dass noch Schlimmeres passieren könnte als diese Scharmützel auf dem Maidan, ließ mich keine Ruhe finden. Ich nahm ein Schlafmittel und legte mich ins Bett.

Der Samstagmorgen begrüßte mich mit Sonnenstrahlen, die Angst verging, und ich verließ wie gewöhnlich auf der Außentreppe das Haus, um zur Arbeit nach Kiew zu fahren. Allerdings schien mir einiges ungewöhnlich zu sein. An der Treppe stand der Chef des Personenschutzes. Der hatte mich morgens noch nie abgeholt. Mich begleitete sonst einer seiner Offiziere. Der PS-Chef war auch nicht allein. Ich ging ungerührt zum Auto, begrüßte freundlich, und mit ein wenig unsicher klingender Stimme kam zurück: »Wohin möchten Sie fahren?«

Ich erkundigte mich nach dem Grund seiner etwas ungewöhnlichen Frage, und er antwortete, dass die ganze Stadt offensichtlich in die Hände der Maidan-Kräfte gefallen sei. Weder würde man unsere Polizei noch die Berkut-Spezialkräfte im Stadtbild sehen. Als habe sie die Erde verschluckt. Sie seien einfach verschwunden. Und dann berichtete er noch, dass ein Posten vor dem Ministerrat brutal zusammengeschlagen worden sei.

»An Ihrer Stelle würde ich nicht in die Stadt fahren«, endete der Chef des Personenschutzes.

Ich hieß ihn warten und kehrte ins Haus zurück. Mit Hilfe unseres internen Kommunikationsnetzes versuchte ich nacheinander den Präsidenten, den Außenminister und den Chef des Sicherheitsdienstes zu erreichen. Vergeblich. Die Anrufe gingen ins Leere. Etwa eine Stunde lang versuchte ich irgendeine Person aus der

Führung zu sprechen. Nichts. Niemand war zu erreichen, auch nicht über das übliche Handy.

Ich ging wieder nach draußen. Ob er wisse, wo sich der Präsident aufhalte, fragte ich den Personenschützer und sagte ihm auch, dass ich Janukowitsch telefonisch nicht erreicht habe.

Hm, sagte er, nach Auskunft der Kollegen halte sich der Präsident in seiner Residenz Meschyhirja auf, die etwa 20 Kilometer vor Kiew liegt. Zumindest seien die Leibwächter gestern Abend mit ihm dorthin gefahren. Es stünden dort aber auch Hubschrauber, die ihn notfalls evakuieren könnten.

Ich schaute den Personenschützer irritiert an.

Der fuhr ungerührt fort. »Ihr Haus hingegen ist völlig ungeschützt. Ich weiß nicht ...«

Ich hatte den Hass in den Augen der aggressiven Maidan-Milizen gesehen, die vielen ungezügelten Reden und Morddrohungen vernommen. Ich wusste um die Eigendynamik, die solchen Zusammenrottungen eigen ist. Nein, als Märtyrer wollte ich nicht enden, aber auch nicht einfach verschwinden, gar fliehen. Außerdem glaubte ich, dass es sich nur um eine temporäre Ausnahmesituation handelte. Vielleicht war es den Maidan-Milizen gelungen, den Sitz des Präsidenten, das Regierungsgebäude und das Parlament zu blockieren oder diese sogar zu besetzen. Das war schon einmal im Dezember 2004 geschehen, und auch Anfang Dezember 2013 war die Rada kurzzeitig besetzt worden. Damals hatte die Führung des Landes zwar die Kontrolle über das politische Zentrum in der Hauptstadt verlo-

ren, nicht aber die über den Staat. Kiew war nicht die Ukraine. Und wir besaßen unverändert einen demokratisch legitimierten Präsidenten, auch wenn fortgesetzt dessen Amtsenthebung gefordert wurde. Es existierten ein Parlament und eine, wenngleich nur amtierende, Regierung.

Und war nicht erst gestern mit den Außenministern Deutschlands, Polens und Frankreichs eine Vereinbarung zur Entschärfung der Krise in der Ukraine ausgehandelt worden? Dieses Agreement hatten auch Jazenjuk, Klitschko und Tjahnybok unterzeichnet, also akzeptiert. Mithin: Es gab eine offiziell verabredete Geschäftsgrundlage zwischen der Macht und der »Opposition« zur Beilegung des innenpolitischen Konfliktes, ein Kompromiss, gewiss, bei dem beide Seiten Zugeständnisse gemacht hatten – um des Friedens im Lande willen.

Die Möglichkeit eines Staatsstreiches schloss ich angesichts dieser positiven Entwicklung aus.

Da ich niemanden aus der Führung erreicht hatte, entschied ich selbst. »Ich fliege nach Charkiw zum Kongress«, sagte ich, »fahren Sie mich zum Flugplatz. Und da meine Frau das Fliegen nicht verträgt, bringen Sie sie bitte mit dem Wagen nach Donezk. Dort herrscht noch zivilisierte Ruhe.« In Donezk, wo wir von 1984 bis 1994 gelebt hatten, gab es Freunde und Bekannte.

Ich nahm den Hinweis, dass mein Wohnhaus ungeschützt sei, durchaus ernst.

Nachdem ich mich von meiner Frau verabschiedet hatte, versuchte ich unablässig weiter, jemanden in Kiew an seinem Schreibtisch oder unterwegs zu erreichen.

Seit ich zurückgetreten war, erhielt ich keine operativen Informationen mehr aus dem Innenministerium und aus dem Sicherheitsdienst. Meine wichtigste Nachrichtenquelle war der Präsident selbst, den ich regelmäßig zu Konsultationen traf. Wie sich im Nachhinein zeigte, war dies keineswegs eine seriöse Quelle. Die zuverlässigsten Personen in meinem Umkreis waren meine Personenschützer, die für mich bereits seit 1997 arbeiteten. Sie waren verlässlich und loyal. Sie setzten mich nunmehr auch ins Bild, dass sich weder der amtierende Premierminister Arbusow noch der Innenminister in Kiew aufhielten, wie sie über ihre Kanäle erfahren hatten. Und sie hörten ferner, dass die Zufahrtsstraßen in die Hauptstadt abgeriegelt und die Checkpoints von Maidan-Milizen besetzt worden seien.

Noch immer glaubte ich nicht an einen Putsch und versuchte unablässig weiter, Janukowitsch oder jemanden aus dem Umfeld des Präsidenten zu erreichen, als ein Anruf von der Begleitung meiner Frau einging. Ihre aus zwei Fahrzeugen bestehende Kolonne hatte, wie ich vernahm, unmittelbar hinter Kotscha-Saspa einen »Schatten« bekommen. Ein Offroader habe sie über etliche Kilometer verfolgt, dann ihre beiden Autos überholt und gewendet. Beim Entgegenkommen sei aus dem Fahrzeug auf das erste Auto, in welchem meine Frau saß, geschossen worden. Allerdings traf die MPi-Garbe nur die Motorhaube, ein Querschläger zerstörte die Scheibe. Meine Frau war mit dem Schrecken davongekommen und setzte in dem zweiten, dem unversehrten Fahrzeug, die Fahrt nach Donezk fort.



Mit Ludmila Nikolaevna, deren Familiennamen Asarow bei der Eheschließung übernahm. Sein Vater war Este und hieß Pahlo

Zweifellos galt dieser Anschlag mir, die Attentäter wussten nicht, dass nicht ich im Fahrzeug saß. Außerdem waren es – gottlob – schlechte Schützen, wenn sie nicht trafen. Oder aber: Sie hatten das nicht vorgehabt. Es sollte mir vielleicht nur ein Denkkzettel verpasst werden?

Egal, was der Grund für diesen missglückten Überfall war: Er verdeutlichte mir den Ernst der Lage. Die Vertreter des Staates, zu denen ich noch immer gehörte, sollten offensichtlich physisch ausgeschaltet werden. Das war kein innenpolitischer *Konflikt* mehr, das war offenkundig ein militanter *Putsch*, mit dem organisierte, bewaffnete Kräfte – keineswegs nur eine Handvoll Strauchdiebe

und Ganoven – sich anschickten, die Herrschaft im Land mit Gewalt an sich zu reißen!

Welche Kräfte standen hinter ihnen? Wer drehte ein so großes Rad, die Machtverhältnisse in dem – nächst Frankreich – größten Flächenland Europas gewaltsam umzustürzen?

Westeuropa und die EU gewiss nicht. In Brüssel und in den meisten anderen westlichen Hauptstädten hatte man inzwischen begriffen, dass die jahrelang betriebene Politik des Alles oder Nichts in die Sackgasse geführt hatte. Dass die drei Außenminister nach Kiew gekommen waren, wertete ich zum einen als indirektes Schuldgeständnis. Zum anderen wollte man den Konflikt, den man initiiert und zunächst angeheizt hatte, nunmehr beenden. Das war eine Kurskorrektur in der EU-Politik. Ein Staatsstreich, wie er sich aktuell offenkundig vollzog, passte nicht in dieses Szenario der Deeskalation. Ich war mir sicher: Da lief entweder etwas aus dem Ruder – oder andere Kräfte, denen diese jüngste Entwicklung, diese vorsichtige Annäherung zwischen der Ukraine und der EU, nicht passte, hatten die Initiative an sich gerissen.

Endlich ging die Nachricht der Flugbereitschaft ein. Eine Maschine stünde auf dem Flughafen Boryspil für mich zum Abflug bereit. Ich nahm nur eine Aktentasche und verließ das Haus, in welchem ich seit zwölf Jahren lebte. Meine Frau und ich hatten einen Garten dahinter angelegt und Bäume gepflanzt. Das alles war uns ans Herz gewachsen. Ich verließ unser Anwesen in der Überzeugung, schon in wenigen Tagen wieder hierher zurückzukehren.

Der Fahrer meines Wagens stoppte an keinem Kontrollposten, wir donnerten einfach durch die Absperrungen. Ungehindert gelangten wir zum Airport. Kaum an Bord, hob auch schon die Maschine in Boryspil ab. Nach einem kurzen Flug setzten wir in Charkiw auf. Am Flughafen erwartete mich Gouverneur Mychajlo Dobkin. Er habe kurzfristig ein Treffen mit Aktivisten der Partei der Regionen organisiert, wie er mir bei der Begrüßung sagte, um gemeinsam mit ihnen zu beraten. Wir fuhren durch die Stadt, vorbei an vielen Neubauten – ohne zu ahnen, dass Charkiw schon bald unter Kontrolle der Kiewer Putschisten geraten würde.

Die Parteiaktivtagung war nicht einfach. Es wurde hart und hitzig diskutiert. Der Unmut richtete sich vornehmlich gegen Präsident Janukowitsch, der von der Partei der Regionen ins Amt getragen worden war. Man warf ihm vor allem Untätigkeit vor. Wieso habe er zugelassen, dass monatelang auf dem Maidan protestiert werden konnte? Warum wurde nicht für Ordnung gesorgt, als die selbsternannten Maidan-Milizen auf die Polizei zu schießen begannen? Die dem Präsidenten von der Verfassung aufgetragene Pflicht, für Ruhe und Ordnung im Lande zu sorgen, habe er nicht erfüllt. Einige der erregten Redner warfen ihm sogar Verrat vor und kündigten ihm die weitere Gefolgschaft auf.

Ich versuchte zu beruhigen. Janukowitsch bleibe, bei aller berechtigten Kritik, der gewählte Präsident des Landes. Erstens wäre es aus verschiedenen Gründen nicht ratsam, mitten im Fluss die Pferde zu wechseln, sagte ich, und zweitens muss er – auch mit Hilfe der Partei – diese

Krise im Interesse des Volkes lösen. Danach erst sollten wir entscheiden, ob man ihn abwählt oder im Amt bestätigt. Der Termin für die Wahl eines neuen Präsidenten sei überdies gestern mit den EU-Außenministern besprochen worden.

Obgleich ich die Einschätzung teilte, dass Janukowitsch sich in den letzten Monaten unentschlossen und willensschwach gezeigt hatte, hielt ich mit meiner persönlichen Meinung hinterm Berg. Sie zu äußern wäre nicht im Interesse der Staatsräson gewesen. Es hätte keinem geholfen und die Lage auch nicht verbessert.

Einige Aktivisten stützten meine Position. Aber die meisten waren gegen den »Euromaidan« und die Gefährdung des Landes, die erkennbar von dort ausging. Das war der Kristallisationskern. Eine gewaltsame Machtübernahme durch diese chaotischen Kräfte werde man nicht akzeptieren, erklärte man gleichermaßen selbstbewusst wie zornig.

In die Runde platzte die Nachricht, dass sich Präsident Janukowitsch geweigert habe, vor das Parlament zu treten. Korrekter: Er war erst gar nicht in der Werchowna Rada erschienen, denn er hatte bereits in der Nacht Kiew verlassen.

Wie ich später erfuhr, waren spezielle Gruppen mit der Absicht formiert worden, den Präsidenten physisch zu liquidieren, weshalb dieser fluchtartig seine Residenz mit dem Hubschrauber verlassen hatte. Das konnte ich noch verstehen. Aber ich verstand nicht, weshalb er nicht den Beistand der Kräfte im Osten und Südosten des Landes suchte, die bereit waren, die verfassungsmäßige Ord-

nung des Landes zu verteidigen? Die Mehrheit der Bevölkerung, der Polizei und des Militärs stand bereit. Mit deren Unterstützung hätte der Präsident auf die Erfüllung der Vereinbarung vom 21. Februar drängen können. Und wäre auf diese Weise auch im Ausland als moralischer Sieger erschienen. Stattdessen wechselte er in Char-kiw vom Hubschrauber in ein Auto, ohne das jemand von uns etwas davon mitbekam. In Kiew hatten sich etwa 500 Freischärler mit Bussen auf dem Weg gemacht, um seiner habhaft zu werden, wie es hieß. Und während Janukowitsch unterwegs zur Krim war, lief die Polizei in Kiew zur »Opposition« über. Das Innenministerium erklärte seine Bereitschaft, den *politischen Wandel* im Lande zu unterstützen. Auf der Sitzung des Parlaments heulte plötzlich eine große Zahl Abgeordneter der Regierungspartei mit der »Opposition« und stimmte für die Absetzung des Präsidenten.

Das war eindeutig ein Verfassungsbruch. Der ukrainische Präsident schied entweder durch Tod, Rücktritt oder Krankheit aus dem Amte. Oder im Rahmen eines Amtsenthebungsverfahrens. Dieses musste mehrere parlamentarische und auch juristische Hürden nehmen, ehe nach eingehender Prüfung der erhobenen Vorwürfe das Parlament mit einer Dreiviertelmehrheit seine Absetzung verfügen konnte.

Es hatte keinerlei Prüfverfahren gegeben, nichts. Und auch die anderen Gründe trafen nicht zu. Janukowitsch war übermüdet wie wir alle, aber nicht todkrank. Und er war auch nicht gestorben oder zurückgetreten. Seine in Abwesenheit erfolgte Absetzung war ungesetzliche Will-

kür. Mit Demokratie hatte das nichts zu tun. Es war ein Putsch, ein Staatsstreich, eine Verschwörung – denn all die Schritte, die in rascher Folge in den zurückliegenden Stunden unternommen worden waren, erfolgten nicht spontan. Das schien geplant und inszeniert, da führte jemand Regie. Nicht jene kleinen Figuren, die jetzt auf der Kiewer Bühne das Maul aufrissen.

Janukowitsch aber hatte eindeutig versagt.

Er unterließ es, mit demokratischen Mitteln zu kämpfen, als er dazu noch in der Lage gewesen war und Rückhalt in weiten Teilen der Bevölkerung besaß. Es bestand eine Chance, wenngleich sie vielleicht auch gering war, das Land vor der vollständigen Machtübernahme durch Usurpatoren zu bewahren. So aber fiel es den Marionetten anheim, die die Geschäfte für andere besorgten.